



Verkehrsraum ohne Barrieren!

Wir fordern im Einklang mit dem Verkehrsentwicklungsplan ein Maßnahmenpaket zur Barrierefreiheit im Verkehrsraum, um bestehende Brennpunkte zu entschärfen. Folgende Punkte sollen vorrangig berücksichtigt werden:

1. Bordsteine absenken

Bordsteine sollen an Querungsstellen abgesenkt werden, um ein sicheres Passieren der Straße zu ermöglichen.

Ein großes Hindernis beim Überqueren von Straßen und Kreuzungsbereichen bilden nicht-abgesenkte Bordsteine. Bei Neubauten und besonders problematischen Altbauten im Verkehrsraum werden Bordsteine an Querungsstellen standardmäßig abgesenkt. In vielen Stadtteilen mit teil- oder unsanierten Straßen, Rad- und Fußwegen sind die Bordsteine nicht oder nur unzureichend abgesenkt. Wir wollen, dass zunächst an zentralen Orten und schrittweise im gesamten städtischen Verkehrsraum alle Bordsteine gemäß den gesetzlichen Bestimmungen abgesenkt werden. In Deutschland ist die Begrenzung der Absenkung in der Regel auf 3 cm festgelegt. Wir wollen unter Einbeziehung aller Gruppen und Verbände prüfen, ob eine Nullabsenkung oder eine getrennte Fahrbahnrand-Einfassung mit Hilfe differenzierter Bordhöhe sinnvoll ist.

2. Mehr Querungshilfen

Querungshilfen auf Hauptverkehrsstraßen sollen ein ruhiges und sicheres Passieren ermöglichen.

Wir wollen, dass Hauptverkehrsstraßen gut überquerbar werden können. Neben Anforderungssampeln müssen sichere und gut beleuchtete barrierefreie Überquerungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dazu gehören u.a. Mittelinseln, Aufpflasterungen, Fahrbahnerhöhungen, Fahrbahneinengungen, der Rückbau von überdimensionalen Knotenpunkten, durchgezogene Gehwege und Zebrastreifen. Dabei sollten Zebrastreifen auch in Tempo 30-Zonen ermöglicht werden. Grundsätzlich müssen die Überquerungsstellen für Rollstuhl- und RollatornutzerInnen ohne besondere Erschwernis nutzbar und für blinde und sehbehinderte Menschen eindeutig auffindbar und sicher nutzbar sein (DIN 18040-3). Dabei sollte auch die Einrichtung getrennter Querungsstellen mit differenzierter Bordhöhe geprüft werden. Wir fordern die Einrichtung von Ampeln mit Restzeitanzeige als Pilotversuch. Hier bieten sich zwei Standorte in der Bremer Innenstadt an: die Querung über die Martinstraße Richtung Pieperstraße sowie die Querung des Herdentorwalls.

3. Mehr Parkkontrolle

Parkende Autos auf Gehwegen oder Radwegen stellen für Mobilitätseingeschränkte kaum überwindbare Hindernisse dar. Entsprechende Kontrollen sind notwendig.

Vor allem aufgesetztes Parken verkleinert die Gehweggröße erheblich. Wenn obendrein noch Mülltonnen oder Fahrräder auf dem Gehweg abgestellt sind, ist ein Durchkommen z.B. für RollstuhlfahrerInnen und Eltern mit Kinderwagen kaum möglich. Wir wollen, dass insbesondere Gebiete, in denen aufgesetztes Parken möglich ist oder toleriert wird, stärker kontrolliert werden. Dort, wo aufgesetztes Parken dauerhaft zu erheblichen Einschränkungen in der Nutzung des Gehwegs führt, müssen ggf. Poller und Markierungen gesetzt werden. Kreuzungsbereiche und insbesondere die Einmündungsbereiche müssen konsequent von freigehalten werden, um das Durchkommen der Feuerwehr,- Polizei- und Rettungsfahrzeuge aber auch der Müllabfuhr zu gewährleisten. Auch hier sind ggf. entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung von regelwidrigem Parken zu treffen. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Bußgelder für verkehrswidriges Parken nach dem Maßstab anderer europäischer Länder wesentlich erhöht werden.

4. Sichere Fußwege schaffen

Die Fußwege müssen so verbessert werden, dass Mobilitätseingeschränkte sich gefahrlos bewegen können.

Dazu gehört, dass Unebenheiten und Beeinträchtigungen auf Rad- und Fußwegen beseitigt werden. Fuß- und Radverkehr sollten stets getrennt geführt werden, da RadfahrerInnen von FußgängerInnen akustisch kaum wahrgenommen werden. Beiden Verkehrsarten sollte mehr Raum zur Verfügung gestellt werden. Dies kann durch breitere Gehwege und breitere Radwege erfolgen oder durch die Führung des Fahrradverkehrs auf der Fahrbahn. Wir wollen, dass die Gehwege möglichst frei gehalten werden von Schildern und Werbetafeln. Außerdem müssen angrenzende Hecken so gepflegt werden, dass sie den Gehweg nicht einengen. Auch die Außengastronomie darf Gehwege nicht unangemessen einengen. Für Fahrräder sind ausreichend Parkmöglichkeiten in den Seitenräumen oder auf PKW-Parkplätzen zu schaffen, damit diese nicht auf Gehwegen abgestellt werden müssen. Im Winter muss dafür gesorgt werden, dass zumindest die wichtigsten FußgängerInnenrouten zuverlässig geräumt werden. Vor allem ältere Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, aber auch kleine Kinder und Menschen mit Herz-Kreislaufproblemen benötigen immer wieder Ruhe-Pausen. Wir wollen daher mehr Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum schaffen.

5. Barrierefreie Bus- und Straßenbahnhaltestellen

Haltestellen und die Wege zu den Haltestellen müssen barrierefrei sein.

Wir wollen, dass mittelfristig alle bestehenden Bus- und Straßenbahnhaltestellen barrierefrei gestaltet werden, neue Haltestellen dürfen ausschließlich barrierefrei errichtet werden. Wichtig ist, dass auch die Wege zu den Haltestellen barrierefrei sind. Die bestehenden Programme für die Barrierefreiheit von Bus- und Bahnhaltestellen sollen konsequent weiterentwickelt und finanziert werden.

6. Bessere Verkehrslenkung in Baustellen

Baustellen bilden Barrieren. Die Verkehrslenkung bei öffentlichen Baumaßnahmen muss für alle VerkehrsteilnehmerInnen geplant werden.

Insbesondere auf FußgängerInnen muss Rücksicht genommen werden. Rampen, Abdeckungen und Wegführungen vom Rad- oder Fußweg auf die Straße und umgekehrt müssen vollständig barrierefrei befahren oder begangen werden können. Sowohl die Unternehmen, die beauftragt werden, Baustellenumleitungen einzurichten, als auch die Bauunternehmen selbst stehen in der Pflicht, den Belangen aller VerkehrsteilnehmerInnen Rechnung zu tragen und durch regelmäßige fachgerechte Kontrollen auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu achten. Eine Zusammenlegung von Fuß- und Radweg in Baustellen sollte vermieden werden.

7. Besser Fahrbahnoberflächen

In Quartieren mit Kopfsteinpflaster weichen viele Radfahrende auf die Gehwege aus. Dies führt immer wieder zu Konflikten zwischen Menschen, die den Gehweg zu Fuß oder mit Rollator oder Rollstuhl nutzen, und den RadfahrerInnen. Wir wollen, dass geprüft wird, wie nachhaltig und kostengünstig entsprechende Straßen auch mit dem Rad genutzt werden können, z.B. durch das Einrichten eines Angebotsstreifens, der bequem von FahrradfahrerInnen genutzt werden kann. Generell sollte geprüft werden, ob nicht alle Straßen in Pflaster so hergestellt werden, dass alle VerkehrsteilnehmerInnen sie ohne Einschränkungen nutzen können.